

Links kommt!

FRAKTION
VOR ORT
20./21. Oktober 2008
am linken
Niederrhein

Die Anzahl der Bedürftigen steigt:

Politik lässt viele Menschen im Regen stehen!

„Regionaltag“ der Linksfraktion — Rundgang durch Krefeld offenbarte viele soziale Probleme

Krefeld. Am Donnerstagnachmittag waren die beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sevim Dagdelen und Inge Höger, in Krefeld. Bei einem Sozialrundgang besuchten die beiden das Arbeitslosenzentrum, die Tafel und die Einrichtungen der Bürgerinitiative St. Josef. Ihr Fazit: Die Zahl der bedürftigen Krefelder steigt! Es engagieren sich zwar immer mehr Menschen ehrenamtlich – aber die Politik lässt viele Menschen im Regen stehen.

Bei allen drei Terminen zeigte sich Sevim Dagdelen und Inge Höger das gleiche Bild: Ein großer Bedarf, viele ehrenamtliche Helfer, aber keine Unterstützung durch die Politik. Das Arbeitslosenzentrum (ALZ) ist massiv in seiner Existenz gefährdet, seitdem das Land NRW die Förderung gestrichen hat. Die Ehren- und Hauptamtlichen haben bislang 2.000 Beratungen im Jahr durchgeführt. Die Nachfrage nach Beratung sei erheblich größer als das Angebot, betonten die Vertreter des ALZ. Paul Küppers, Vorsitzender des ALZ, ist sich sicher, dass die Frage nach der Finanzierung des ALZ eine politische und keine finanzielle sei. „Parteiübergreifend muss die Frage der sozialen Gerechtigkeit aufgegriffen werden“, so Küppers weiter. Sevim Dagdelen versicherte, dass sich DIE LINKE im Bundestag und im Landtag dafür einsetzt, dass unabhängige Sozialberatungen erhalten



bleiben, bzw. wieder finanziell ausgestattet werden.

Auch bei der Krefelder Tafel offenbarten sich den beiden Abgeordneten bedrückende Geschichten: 130 Ehrenamtliche Mitarbeiter versorgen jede Woche rund 3.000 Menschen. Manche Arme müssen fünf bis sechs Kilometer täglich zu Fuß laufen, um das Mittagessen der Tafel in Anspruch nehmen zu können. Die Zahl der Bedürftigen steige, ohne dass die Tafel mehr Lebensmittel zur Verfügung habe. „Die Ehrenamtlichen leisten hier beeindruckende Arbeit“, erklärt die Abgeordnete Inge Höger. „Es ist dennoch erschreckend, wie viele Menschen sich die täglichen Mahlzeiten nicht mehr leisten können. Der Hartz IV-Regelsatz, Renten und Niedriglöhne reichen eben oft nicht mal für den täglichen Bedarf.“

Nicht minder beeindruckend ist das soziale Engagement in der Bürgerinitiative rund um St. Joseph, die sich seit 30 Jahren für ihren Stadtteil einsetzt. Der Vorsitzende Peter Lommes und der Geschäftsführer Jürgen Ströhmman stellten den Abgeordneten die Arbeit der BI vor. Dazu gehört die Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung, das Familienzentrum, Sprachkurse für Frauen und der Kin-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Armut wird hierzulande vererbt - und sie ist ein Teufelskreis!

Diskussion über Kinder- und Jugendarmut mit Abgeordneten der LINKEN und Gewerkschaften

Krefeld. Rund 40 interessierte BürgerInnen folgten am Donnerstag der Einladung der Bundestagsfraktion ins Solidaritätshaus der DIDF Krefeld. Rahmen des Regionaltages „Fraktion vor Ort“ diskutierten dort die LINKEN-Bundestagsabgeordneten



Sevim Dagdelen und Inge Höger zum Thema „Armut und Ausgrenzung bekämpfen – (A u s) bildungschancen für alle schaffen“ mit Jo

Greyn vom ALZ, Ralph Köpke (Kreisvorsitzender DGB Krefeld), Albert Koolen (Betriebsratsvorsitzender IG Metall) und Norbert Müller (stellv. Landesvorsitzender GEW). Moderiert wurde die Veranstaltung von Rainer Girndt (attac).

Ausgehend von der großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen“ stieg Rainer Girndt mit den TeilnehmerInnen des Podiums in die Diskussion ein. Die Antwort der Bundesregierung offenbarte, dass sich die Zahl der Kinder, die in Familien im Hartz-IV-Bezug leben, verdoppelt. Armut ist jung!

So war man sich auf dem Podium schnell ein-

nig: Die Armut grenze Kinder und Jugendliche aus vielen gesellschaftlichen Bereichen aus – und das entwickle sich zum Teufelskreis, der schon in der frühen Kindheit losgehe. So könnten die Kinder weder Vereinen beitreten, noch die kulturellen Angebote annehmen, sie seien nicht einmal in der Lage, die Schulbücher zu kaufen, die sie für den Unterricht bräuchten. Ohne einen guten Schulabschluss fänden sie keine Ausbildungsplätze, würden in Maßnahmen „geparkt“ und tauchten so in keiner Arbeitslosenstatistik auf. Armut sei bei uns erblich, so ein Fazit des Podiums: es gibt kaum eine Möglichkeit aus diesem Teufelskreis herauszukommen.

Lösungsmöglichkeiten wurden angesprochen und Forderungen aufgestellt: so müsse das Bildungssystem verändert werden, die Selektion im Grundschulalter sei weltweit eine Besonderheit. Jugendliche würden in

ihren Stadtteilen sich selbst überlassen, die Jugendeinrichtungen würden nicht mehr finanziert, es müssten ausreichend viele Jugendfreizeit-Einrichtungen geschaffen werden. Jeder Jugendliche müsse einen Ausbildungsplatz erhalten. Dies alles könne nur erreicht werden, wenn alle Kräfte, die diese Missstände abschaffen wollten, zusammen für eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen einträten.

Die Podiumsdiskussion mit den beiden Bundestagsabgeordneten hat diesen Kräften in Krefeld sicher einen neuen Impuls gegeben.



(Fortsetzung von Seite 1)

dergarten. Auch die BI hat mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Deshalb fordert sich seit langem mehr Unterstützung durch die Stadt ein. Die beiden Abgeordneten überreichten dem Kindergarten der BI 100 Euro für die Anschaffung von Spielzeug und Büchern (Foto).

Im abschließenden Auswertungsgespräch hielt Sevim

Dagdelen fest: „Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Ehrenamtlichen, die hier so wichtige Arbeit für die Betroffenen leisten, müssen dringend mit mehr Geld und Infrastruktur ausgestattet werden. Aber es muss über die Symptombekämpfung hinaus ein Politikwechsel stattfinden. Weg von der Umverteilung von unten nach oben - hin zu einer sozial gerechteren Politik.“

„Kampf um das Grundrecht an Teilhabe!“

Lebhafte Debatte um Sozialtickets und Energietarife bei „Fraktion vor Ort“ in Kevelaer

Kevelaer. Rund 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten am Abend des 20. November im Haus Gelder Dyck mit den beiden LINKEN-Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer und Hüseyin Aydin unter dem Motto „Bezahlbar für alle?! Kultur, Verkehr, Energie“ über die Forderung nach Sozialtickets und Sozialtarifen. Mit auf dem Podium: der ver.di Geschäftsführer Thomas Keuer, Klaus Kubernus-Perscheidt von attac und Jörg Detjen von der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE.

Ulla Lötzer erläuterte zu Beginn die Haltung der Fraktion zu Sozialtarifen und Sozialtickets. So befürwortete die Fraktion Sozialtarife für Energie und habe auch

eine Initiative in den Bundestag eingebracht. Sie fordere einen bundesweit gesetzlich abgesicherten Sozialtarif, bei dem die Betroffenen – sowohl Leistungsbezieher nach SGB, als auch Erwerbstätige unter der Armutsgrenze – unbürokratisch über Gutscheine direkt Energie von ihrem Energieversorger anfordern können. Bezahlt werden könnte das entweder über die Einnahmen aus der gestiegenen Mehrwertsteuer auf Energie oder aus den Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikat-Handel.

„Rund 800 000 Menschen wird nach Auskunft der Bundesregierung jährlich der Strom abgestellt,“ berichtet Lötzer. „Fast eine Million Menschen muss zumindest vorübergehend ein Leben ohne Küchengeräte, Kühlschrank, Fernseher und Radio führen – dass muss man sich mal vorstellen. Hier sieht man mal wieder: der Regelsatz von Hartz IV reicht hinten und vorne nicht für die grundlegendsten Bedürfnisse. Und gerade im Winter treffen die Strom- und Energiesperren

die Schwachen am stärksten. Damit muss Schluss sein! Die Fraktion unterstützt auch die Einführung von Sozialtickets. Da übernimmt sie aber mehr eine koordinierende Rolle, auch indem sie einen entsprechenden Leitfaden zusammengestellt hat.“

Klaus Kubernus-Perscheidt, Mitinitiator des Bürgerantrages für ein Sozial-

Verkehrsverbände erschwert das Reisen am Niederrhein zusätzlich. Wir bräuchten eigentlich einen einheitlichen Verkehrsverbund in NRW und solange wir den nicht haben, müsste ein Sozialticket hier am Niederrhein auch verbundsübergreifend mit dem VRR gelten. Es darf nicht sein, dass im ländlichen Raum schlechtere Lebensbedingungen herrschen als in

der Großstadt. Deshalb muss grundsätzlich der ÖPNV auch im ländlichen Raum wieder ausgebaut werden und bezahlbar sein. Ich unterstütze den DGB-Vorschlag für ein Sozialticket. Nach diesem Vorschlag führt die Landesregierung NRW-weit in allen Städten und Kreisen ein Sozialticket ein, das mindestens 40% billiger



ticket in den Kreisen Kleve und Wesel schilderte eindrücklich Situation vor Ort: „Rund 50 000 Menschen, die Hartz IV und Sozialhilfe beziehen, sowie fast 70 000 Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, können sich die Verkehrstarife im VGN oder den Schwimmbadeintritt nicht leisten. Sie werden so systematisch von der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Wir setzen uns deshalb mit einem breiten Bündnis – von KAB über attac bis zur LINKEN – für ein Sozialticket ein. Und das muss für alle unterhalb der Armutsgrenze gelten, auch für die vielen Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder Mini-Renten bekommen.“

Thomas Keuer wies auf die mangelhafte Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Region hin: „Wer hier auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, der kann einem leid tun. Ganze Strecken sind ausgedünnt, der Tarifschunel der

ist, als eine reguläre Monatsfahrkarte und vom Land mit rund 4 Euro pro Ticket monatlich bezuschusst wird.“ Das Geld könne nach Vorstellung des DGB auch aus den erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen genommen werden, die das Land als Ausgleich für die reduzierten Regionalisierungsmittel bekomme.

Jörg Detjen berichtete von den durchweg positiven Erfahrungen, die man mit dem Köln-Pass gemacht habe. Der Köln-Pass gilt für alle Menschen, die Sozialhilfe oder ALGII beziehen oder mit ihrem Einkommen nur bis zu 10% darüber liegen. „Der Köln-Pass rechnet sich für die Unternehmen. Insgesamt haben die Verkehrsunternehmen, die Museen und öffentlichen Einrichtungen deutlich mehr Kunden gewonnen. Gerade der ÖPNV wird wieder stärker genutzt. Der Zuschuss der Stadt liegt gerade mal bei 4,10 Euro, das ist durchaus bezahlbar.“ Das Ziel der Kölner Ratsfraktion sei,

(Fortsetzung auf Seite 4)

DIE LINKE trifft sich mit Bürgervereinen:

Andere Trasse für Bahnverkehr gefordert

Krefeld. Im Rahmen von "Fraktion vor Ort am linken Niederrhein" haben sich der Bundestagsabgeordnete Paul Schäfer, der Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel, die Krefelder ParteisprecherInnen der LINKEN, Heidrun von der Stück und Rainer Sellke, mit VertreterInnen der Bürgervereine in der Stadt Krefeld getroffen.

Hauptthema des Treffens war die erheblichen negativen Auswirkungen der Bahnstrecke "Eiserner Rhein" auf die Stadt Krefeld. Um diese vor Ort zu begutachten, fuhren die beiden Abgeordneten mit Vertretern und Vertreterinnen des Bürgervereines Benrath, Krefeld Forstwald und Ulrich Grubert vom NUV mit der Bahn die Strecke von Krefeld Forsthaus bis Krefeld Uerdingen ab.



Danach waren sich alle einig: "Lärmschutzmaßnahmen für die

verkehrsministerium für den Ausbau des Autobahnabschnitts Krefeld- Oppum in Richtung Krefeld- Gartenstadt zur Zeit einen Planungsstopp" gibt. Die von den LINKEN und der Stadt Krefeld favorisierte Tunnellösung koste etwa 600 Millionen Euro; der Ausbau in Dammlage mit Lärmschutzwänden etwa 100 Millionen Euro.



Ein weiteres Thema war der geplante sechsspürige Ausbau der A 57. Hier informierte der Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel darüber, dass es nach Information aus dem Landes-

Weder die Große Koalition in Berlin noch die CDU/ FDP-Landesregierung seien bereit, die 500 Millionen Euro Mehrkosten für die Tunnellösung zu übernehmen. Die Abgeordneten der LINKEN betonten in dem Gespräch auch gegenüber dem NUV, dass sie das in Krefeld Uerdingen geplante Kohlekraftwerk ablehnen.

(Fortsetzung von Seite 3)

den Köln-Pass auch für Menschen bereitzustellen, die bis zu 30% über dem ALGII Satz lägen. Detjen verwies auch noch einmal darauf, dass es wichtig sei, ein möglichst breites und starkes außerparlamentarisches Bündnis für ein Sozialticket aufzustellen, um auch den Druck im Stadtrat zu erhöhen.

Ulla Lötzer, MdB, mahnte an, die Debatte um Sozialtarife nicht als Kosten-

Wertedebatte zu führen: „Es geht bei der Frage nach Teilhabe um den Respekt vor den Menschen, die in Armut leben und um ihre Würde. Der Kampf um guten und bezahlbaren ÖPNV ist der Kampf um das Grundrecht an Teilhabe!“ Für Hüseyin Aydin, MdB, stand am Ende des Abends fest: „Wir müssen die Menschen emotional bewegen, sich gegen die jahrelange Politik der Umverteilung von unten nach oben zu wehren. Auch hier am linken Niederrhein muss klar benannt werden, wer für diese unsoziale Poli-

tik verantwortlich ist – die große Koalition, die schwarz-gelbe Landesregierung und hier vor Ort: die CDU! Man muss sich nur mal anschauen, in wie vielen Städten die CDU Front gegen einen Sozialpass macht.“ Er verwies außerdem auf den mangelnden Willen der Bundesregierung, die Schiene – gerade im ländlichen Raum – wieder auszubauen und so den ÖPNV zu bereichern. „Die Bahn soll zu einem profitablen Logistikunternehmen umgebaut werden, die Bedürfnisse der Menschen stören dabei nur.“

Lebhafte Diskussion zum Thema „Armut“ bei „Fraktion vor Ort“ im Neusser Zeughaus

„Wir brauchen ein sozialkulturelles Minimum!“

Neuss. Rund 40 interessierte BürgerInnen folgten am Freitagabend der Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE in den Roten Saal des Neusser Zeughaus. Unter der Fragestellung: „Neue Armut in den Kommunen – Hintergründe, Entstehung und Gegenstrategien diskutierten sie dort mit den beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Paul Schäfer und Inge Höger, mit Prof. Dr. Gerhard Bäcker von Uni Duisburg-Essen und mit Frank Jäger vom Selbsthilfeverein Tacheles e.V..

Gerhard Bäcker eröffnete die Diskussion mit aktuellen Zahlen zur Armutsituation in Deutschland: „Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung haben mehr als zehn Millionen Menschen in der BRD weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung und gelten damit als arm.

Aber Armut lässt sich auch anhand der Lebenssituation messen. Dabei sind Faktoren wie die Größe des Wohnraums, die Gesundheit und die Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen Leben entscheidend. Und vor allem in dieser Hinsicht sind Kinder und Jugendliche von Armut



betroffen – Armut ist jung! Wir brauchen ein sozialkulturelles Minimum. Die neue Kindergelderhöhung, die auf Hartz IV angerechnet wird, ist zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut absolut nicht geeignet! Wer von Kinderarmut redet, darf nicht so tun, als ob das eine geeignete Gegenmaßnahme wäre.“

Bäcker erinnerte daran, dass sich vor

zehn Jahren die damalige CDU-Familienministerin Nolte noch gewei- gert habe, in einem reichen Land von Armut zu sprechen. Seit der Armuts- und Reichtumsbericht regelmäßig erstellt werde, habe sich zwar der Diskurs geändert, aber die Erkennt- nisse hätten nicht zu einem Politik- wechsel geführt.

Inge Höger, MdB, erläuterte die politi- schen Forderungen der Bundestags- fraktion DIE LINKE zur Armutsbe- kämpfung. „Wir fordern zum einen die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, damit Familien von Arbeit wieder leben können.

Außerdem fordern wir eine umfassen- de finanzielle Besserstellung von Kin- dern - eine Kindergrundsicherung. Kinderarmut führt auch zur Bildungs- armut und damit zu sozialer Armut – das ganze Umfeld wird arm an Mög- lichkeiten sich zu entwickeln, die Kin- der geben sich auf. Auch wenn in wohlhabenderen Gegenden zahlen- mäßig weniger Kinder arm sind – die Stigmatisierung und Ausgrenzung der betroffenen Kinder ist da dann umso größer – das habe ich auch bei mei- nem Besuch hier in der Region erfah-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Gespräch mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im DGB-Haus Mönchengladbach

Kommunen brauchen eine Entschuldungsstrategie

Mönchengladbach. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" am Linken Niederrhein diskutierten die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer und Hüseyin Aydin (DIE LINKE) mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften ver.di und IG-Metall über die Situation in den Betrieben und Kommunen in ihrer Region.

Wichtigster Punkt war die finanzielle Situation der Kommunen und die damit verbundenen Folgen für die Beschäftigten. Die Haushaltssicherungskonzepte haben in den letzten Jahren zu Einsparungen, Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung geführt. So sank die Zahl der

Beschäftigten bei der Stadt Mönchengladbach in den letzten 10 Jahren von 5500 auf heute 3400 Beschäftigte. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben der Kommunen, die realisiert werden müssen, wie sie zum Beispiel das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz).

"Die kommunale Finanzsituation befindet sich in einer absoluten Schieflage.", stellte Ulla Lötzer fest. "Neben den sozial Benachteiligten sind vor allem die Kommunen die Verlierer der Politik von Bund und Ländern.", so ihr Fazit.

Vor diesem Hintergrund betont Lötzer die Forderungen der LINKEN: die Berücksichtigung der Kommunen innerhalb des Konjunkturprogramms, die für kommunale Investitionen in Bildung, Betreuung und erneuerbare Energien verwendet werden sollen. "Die K o m m u n e n



brauchen eine Entschuldungsstrategie," stellte die Abgeordnete abschließend fest.

Zur Bezahlbarkeit der linken Forderungen erklärt Hüseyin Aydin: "Es ist höchste Zeit für eine andere Steuerpolitik. Wir brauchen keine ungerechten und volkswirtschaftlich widersinnigen Rezepte. Begonnen werden muss endlich mit einer gerechten Lastenverteilung und Maßnahmen, die wieder Geld in die Kassen der Kommunen spülen."

Dazu gehöre für Aydin die Reform der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie das Beenden des Steuerwettbewerbs auf Kosten der Schwachen. "Umsteuern und Umverteilen - das fordert DIE LINKE."



(Fortsetzung von Seite 5)

ren." Sie stellte außerdem das 5-Punkte-Sofortprogramm gegen Kinderarmut der Bundestagsfraktion vor (mehr Informationen dazu unter: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7705279667.pdf>)

Frank Jäger erinnerte daran, dass die neue Armut nicht mit Hartz IV plötzlich vom Himmel gefallen sei, sondern ein ganzes Bündel von Gesetzen habe Leiharbeit, Niedriglöhne und Repressalien gegen Erwerbslose salonfähig gemacht. Er beschrieb außerdem eine Entwicklung, die mit dem Zunehmen der Tafeln und Suppenküchen in den Städten einhergehe: „Wir beobachten eine ‚Vertafelung‘ der Gesellschaft. Der

Sozialstaat wird zum Wohltätigkeitsstaat – der Rechtsanspruch des Einzelnen wird zu einer wohlütig gewährten Leistung.

Inzwischen werden den Betroffenen bei manchen Argen sogar Gutscheine verweigert, mit dem Hinweis, sie sollten die Leistungen von Tafeln in Anspruch nehmen. Die Lebensmittelkonzerne und Supermärkte unterdessen können sich mit der steuerliche absetzbaren Spende ihrer abgelaufenen Produkte das Gewissen reinwaschen. Diese Entwicklung ist absolut besorgniserregend."

Paul Schäfer, MdB, wies auf die zu erwartende Verschärfung der Armutssituation im Zuge der Finanzkrise hin:

„Die Armut wird zunehmen. Wir sind als LINKE jetzt in der Situation die Weichen zu stellen, für eine andere und sozial gerechtere Politik, mit alternativen wirtschaftlichen Forderungen: z.B. der nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm zu Stärkung der Binnennachfrage und Investitionen in Bildung und erneuerbare Energien.

Wir sind an einem Wendepunkt angekommen. Der Neoliberalismus konnte seine Versprechen nicht halten und die Menschen erkennen das. Und nun, nachdem über Nacht astronomische Summen für die Banken bereitgestellt wurde, kann niemand mehr ernsthaft behaupten, die sozialpolitischen Forderungen der LINKEN seien nicht bezahlbar!“



Die Volksschule platzte aus allen Nähten – Fraktion vor Ort in Moers

Verstärkung der Bündnispolitik in der Region gegen Rechts gefordert

Moers. Etwa 70 Besucherinnen und Besucher fanden sich in der Moerser Volksschule ein, um mit den beiden LINKEN. Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Dortmund) und Sevim Dagdelen (Bochum) ein für den Kreis

Wesel hochaktuelles Thema zu diskutieren.

Denn auch am Niederrhein schicken sich die rechte NPD sowie so genannte ProGruppierungen an,

für den Kreistag sowie für die Kommunalparlamente in einigen Städten und Gemeinden zu kandidieren.

Beiden Abgeordneten ging es in ihren Ausführungen darum, rechte Sozialdemagogie zu entlarven und gemeinsame Strategien gegen Ausgrenzung und Rassismus zu entwickeln.

Unterstützt wurden sie dabei von Henning von Stolzenberg vom Weseler Aktionsbündnis gegen Rechts, der einleitend die Situation am Niederrhein schilderte und dort eine Intensivierung antifaschistischer Bildungs- und Bündnisarbeit forderte.

Dass rechte Einstellungen auch vor den Gewerkschaften nicht halt machen, stellte Marc Neumann von der DGB-Jugend NRW dar. Beunruhigendes Fazit seiner Analysen war, dass insbesondere Angehörige der Mittelschichten, die in den Gewerkschaften stark repräsentiert sind, hier anfällig seien.

Hier pflichteten Jelpke und Dagdelen ihm bei und verwiesen auf die Studien des Bielefelder Pädagogen Wilhelm Heitmeyer, der festgestellt hat, dass die Diskussion zum Thema „Ausländer“ seit vielen Jahren in Deutschland verbunden ist mit den Themen Bedrohung, Kriminalität, kulturelle Überfremdung, Ausnutzung des Sozialstaates. Der DGB habe die daraus resultierenden Gefahren erkannt und steuere zum Beispiel mit der bundesweiten Kampagne „Schlauer statt rechts“ gegen, betonte Neumann.

Diese Kampagne möchte auch der Stadtverband Xanten der LINKEN jetzt aufgreifen und - angeregt durch Fraktion vor Ort - im Bündnis mit der Jugend-Kultur-Werkstatt Xanten eine Bildungsreihe auf die Beine stellen.

„Die JuKuWe Xanten möchte zur Vorbereitung dieser politischen Bildungsreihe Vertreterinnen und Ver-

treter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Parteien, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirchen und von schulischen Bildungseinrichtungen zu einem ersten Ver-

netzungsforum einladen, um mit dem Ausarbeiten eines gemeinsamen Bildungsprogramms zu beginnen,“ erklärt Steffen Roski aus dem LINKEN Kreisvorstand Wesel.

Und: „Moers war erst der Auftakt einer Reihe. Wir werden uns in 2009 um weitere Veranstaltungen im Rahmen von 'Fraktion vor Ort' der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zum Thema Neofaschismus bemühen.“



InternetTipp:
<http://schlauerstattrechts.de/>

DIE LINKE. Im Bundestag führte Gespräch mit Sozialverbänden

Die Armut wird sich weiter ausbreiten

Viersen. Im Rahmen von Jo Greyn von der Initiative „Fraktion vor Ort“, eines Besuches am linken Niederrhein, führten die Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer und Hüseyin Aydin, Mitglieder der Fraktion DIE LINKE, ein Gespräch mit Akteuren der Sozialarbeit im Kreis Viersen. Beim Zusammentreffen u. a. mit Peter Vermaasen, Vorsitzender des Sozialdienstes Katholischer Männer, Karl Boland, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,

Anhand eigener Erfahrungen und des neuesten Sozialberichtes der Stadt Viersen stellten die Vertreter des DPWV und des SKM fest, dass in der Stadt Viersen Menschengruppen von Armut gleich in mehrfacher Hinsicht betroffen sind: So

wirtschaftlich, im Bereich der Bildungschancen, beim beruflichen Wiedereinstieg, kultureller Teilhabe und in Bezug auf die Versorgung und soziale Betreuung im Viertel. Dazu verberge sich die sich ausbreitende Armut

in immer mehr Wohngebieten. Die Probleme würden in den nächsten Jahren, z. B. aufgrund von Niedriglöhnen und Minijobs massiv zunehmen. Insbesondere für die Kinder in solchen Familien müsse die Politik eine soziale und berufliche

Perspektive schaffen, was nicht nur eine ausreichende materielle Absicherung sondern auch individuelle Förderung, Schaffung von besseren Bildungs- und Aufstiegschancen beinhaltet.

Jo Greyn wies darauf hin, dass die gesamte Hartz IV-Politik dazu führe, dass große Gruppen von Arbeitslosigkeit Betroffener zum Beispiel durch die Ein Euro Jobs keine Chance mehr hätten, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

„Armut im Alltag bekämpfen“ Leben und arbeiten in Würde und sozialer Gerechtigkeit!“

Viersen. Unter dem Titel „Armut im Alltag bekämpfen“ diskutierten am Abend des 21. November Karl Boland vom Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband, Hüseyin Aydin und Ulla Lötzer (MdB) aus der Bundestagsfraktion Die LINKE und der Sozialwissenschaftler Torsten Kalina vom Institut für Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg/Essen mit Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Viersen.

Moderiert wurde die lebendige und konstruktive Diskussion im Bürgerhaus Dülken von Ralf Welter von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung aus Aachen.

So breit wie der weltanschauliche Bogen der Podiumsteilnehmer gespannt war, so groß war jedoch auch die Übereinstimmung darüber, dass die Forderung nach einem Leben und Arbeiten in Würde ohne grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft nicht zu verwirklichen ist: „Die Armut ist“, so Karl Boland vom DPWV, „mit der dem Einschnitt von Hartz IV und der Agenda – Politik in die Gesellschaft



hineingewachsen,“ so dass Kinderarmut bereits heute ein massives Problem ist, und Altersarmut wieder ein massives Problem wird, wenn die heute Erwerbslosen in Rente gehen.

Hüseyin Aydin verdeutlichte aus Sicht der LINKEN im Bundestag, dass verteilungspolitische Entscheidungen der Bundesregierungen seit Schröder diese Entwicklung beschleunigt haben und stellte die steuerpolitischen Alternativen der Linken dar, mit denen einer Entwicklung entgegen gesteuert werden kann, in der eine Armutsgesellschaft

von 20 - 30 % zur Normalität zu werden droht.

Thorsten Kalina zeichnete auf der Grundlage seiner empirischen Untersuchungen nach, wie sich im Zuge der Bemühungen um die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ Niedriglöhne entwickelt haben, die längst kein Randgruppenphänomen mehr sind.

Ulla Lötzer ergänzte diese Darstellung mit der Beobachtung, dass die Bundesrepublik mit dieser Entwicklung für die europäischen Nachbar-

(Fortsetzung auf Seite 9)

(Fortsetzung von Seite 8)

länder längst zum Lohddumpingland geworden ist und berichtete von ihrer Teilnahme an einer Solidaritätskundgebung jenseits der nur wenige Kilometer entfernten niederländischen Grenze, wo niederländischer Gewerkschafter gemeinsam mit deutschen Reinigungskräften erfolgreich gegen das Unterlaufen niederländischer Mindestlöhne protestiert hatten. Als Moderator arbeitete Ralf Welter Unterschiede in den Positionen ebenso präzise heraus wie die Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung



der drohenden Spaltung der Gesellschaft - und brachte die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zur Verbesserung der Lebenslage der von Armut Betroffenen auf den Punkt.

Trotz all dieser Übereinstimmungen kam im Verlauf der zweistündigen Debatte keine Langeweile auf: Denn ebenso spannend wie die Entdeckung unerwartet weit reichender Übereinstimmung war die Diskussion über unterschiedliche Ansätze zur Veränderung: So schilderte Karl Boland seine Erfahrung, dass sich Politik gegen die Armut nicht in der Forderung nach mehr Geld für die Betroffenen erschöpfen darf, sondern die Förderung von Strukturen und Bildungsangeboten, die besonders betroffenen Jugendlichen neue Chancen eröffnen, mindestens ebenso wichtig ist.

Gleichfalls kontrovers diskutiert wurde die Frage nach dem zukünftigen Stellenwert der Erwerbsarbeit zwischen den Polen Vollbeschäftigung und Grundeinkommen.

Als Ralf Welter mit einem Appell zur Bildung gemeinsamer Netzwerke die Veranstaltung schloss, mag dies für einige Linke, die sich unter Kirche am katholischen Niederrhein nur konservative Honoratioren vorstellen, ebenso überraschend gewesen sein, wie es für diese Honoratioren selbst war, in der konservativen Rheinischen Post davon zu lesen.

Auch wenn nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gingen, bleibt für Die LINKE in der Region unter dem Strich mehr als ein spannender Abend: Fruchtbare Kontakte, die Perspektiven für gemeinsames Handeln vor Ort eröffnen.

„Es gibt Armut in der Region – aber die Scham ist groß!“

Fachgespräch der LINKEN mit Klever Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Sozialinitiativen

Kleve. Im Rahmen des Regionaltages „Fraktion vor Ort“ hat sich der LINKE-Bundestagsabgeordnete Paul Schäfer mit Wohlfahrtsverbänden, Sozialinitiativen und GewerkschaftsvertreterInnen aus dem Kreis Kleve im Schweizerhaus zum Fachgespräch getroffen. Gekommen waren unter anderem ver.di, die AWO, der Erwerbslosentreff Emmerich, Herbert Looschelders vom Selbsthilfeverein für Sozialhilfe und Dr. Heike Knops, Pfarrerin aus Uedem.

Schon nach kurzer Debatte wurde klar, dass es im Kreis Kleve Armut gibt. Dr. Heike Knops berichtete, dass in Uedem immer mehr Menschen auf die von den Kirchen betriebenen Tafeln angewiesen seien. Viele Menschen, die trotz Job gerade über dem Hartz IV-Satz lägen, müssten mit ihren Familien zur Tafel kommen. Außerdem sei sie in ihrer Arbeit immer häufiger mit der Perspektivlosigkeit von HauptschülerInnen konfrontiert, die sich von vornherein von vielen Chancen ausgeschlossen sehen. Auch Thomas Keuer, Geschäftsführer von ver.di Duisburg-Niederrhein bestätigte, dass es in der Region Armut gäbe, die aber zum Teil stigmatisiert würde. „Es gibt auch hier Menschen, die trotz Arbeit arm sind. Die Betroffenen wagen aber oftmals nicht, sich zu outen – die Scham, die eigene Bedürftigkeit zuzugeben, ist groß.“

Die Selbsthilfevereine der Beratungsarbeit sehen sich im Kreis Kleve außerdem häufig mit sehr restriktiven Auslegungen der ARGE konfrontiert, was die Kosten der Unterkunft, also Heizung, Wohnraum und anderes angehe.

Der große Spielraum, den die ARGEn bei diesen Bestimmungen hätten, führe häufig zu ganz verschiedenen Auslegungen von Ort zu Ort - in Kleve seien diese eher restriktiv und zum Nachteil der Betroffenen. Hier bot Paul Schäfer, MdB an, die internen Arbeitshinweise der Klever ARGE von den Fachleuten der Bundestagsfraktion auf ihre Vereinbarkeit mit dem Sozialgesetzbuch prüfen zu lassen und das Thema dann gegebenenfalls in den Bundestag einzubringen.

Ein weiteres zentrales Thema war der ÖPNV in der Region, sowohl das schlechte Angebot, als auch die teuren Tarife, die eine Mobilität für sozial schwache BürgerInnen fast unmöglich machen. Thomas Keuer, Geschäftsführer von ver.di Duisburg-Niederrhein forderte neben der Einführung eines Sozialtickets den massiven Ausbau des ÖPNV in der Region. Dazu erklärte Paul Schäfer: „Im ländlichen Raum muss der ÖPNV, vor allem auch der Bahnverkehr, teilweise ganz neu aufgebaut werden. Leider haben die Herkulesdebatten im Bundestag gezeigt, dass dies nicht im Sinne der Bundesregierung ist. Die Bahn soll nach ihrem Willen in ein profitträchtiges Logistikunternehmen umgebaut werden, die Bedürfnisse der Menschen sind da wohl zweitrangig.“

